

Bericht zum Podiumsgespräch „Deutschland – Osteuropa – die Gegenwart der Vergangenheit. Der Hitler-Stalin Pakt und seine Langzeitfolgen“

Termin: 30.06.2026, 19.30 Uhr

Ort: Herbartgymnasium, Herbartstraße 4, 26122 Oldenburg

Das Podiumsgespräch am 30. Juni im Herbartgymnasium bot Raum, die historischen Zusammenhänge des Hitler-Stalin-Paktes und dessen bis in die Gegenwart reichenden Langzeitfolgen zu erörtern. Wie es zur Vertragsunterzeichnung am 23. August 1939 kam und welche einschneidenden Veränderungen dieser Vertrag mit seinem geheimen Zusatzprotokoll für die Länder Ostmitteleuropas hatte, legte Burkhard Olschowsky in einer historischen Einführung dar. Entlang den im Pakt abgesteckten Interessensphären begann am 1. September 1939 der deutsche Überfall auf Polen und damit der Zweite Weltkrieg. Es folgten der vereinbarte Einmarsch der Roten Armee im östlichen Polen am 17. September und die Aufteilung des Landes zwischen den beiden totalitären Diktaturen. Auch die baltischen Staaten verloren ihre Souveränität und wurden der Sowjetunion einverleibt. Der Pakt setzte eine Kette von Deportationen und Umsiedlungen in Gang in der Absicht, ethnisch homogene, beherrschbare Lebens- und Siedlungsräume zu schaffen. Er markiert den Beginn des Holocaust an Millionen von osteuropäischen Juden ebenso wie die Inhaftierung, Deportation – ins KZ wie auch in den GULAG – und Ermordung von polnischen Intellektuellen, Politikern und Militärs.

Auf dem Podium wurde auch die Rezeption des geheimen Zusatzprotokolls diskutiert, dessen Existenz über 50 Jahre hinweg von jeder sowjetischen Regierung und ihren Verbündeten vehement geleugnet wurde, ehe es im Kontext von Glasnost und Perestroika 1989 öffentlich benannt und kritisiert werden konnte. Heute wird der Pakt vom Kreml als „große Leistung der Sowjet-Diplomatie“ in das Narrativ einer angeblich zehn Jahrhunderte währenden ‚polnischen Russophobie‘ integriert.

Viola von Cramon, Roland Freudenstein und Burkhard Olschowsky wiesen im Gespräch auf die politischen Langzeitfolgen des Paktes hin. Die deutsch-russische Komplizenschaft endete mit dem Überfall des „Dritten Reiches“ auf die Sowjetunion, der Millionen Opfer forderte. Im Bewusstsein dieser Schuld (das allerdings nur pauschal die ‚russischen‘ Opfer im Blick hatte) war die westdeutsche Politik gegenüber der UdSSR lange Zeit von dem hehren Impuls der Verständigung geleitet. Die DDR stand als Teil des ‚Ostblocks‘ unter der Ägide Moskaus; ca. 500.000 Soldaten der Sowjetarmee waren hier stationiert und es galt eine staatlich verordnete ‚Freundschaft‘.

Nach 1989 überschätzte man nicht nur die eigenen Möglichkeiten Russlands Entwicklung per ‚Wandel durch Verflechtung‘ zu beeinflussen. Mehr noch, die deutsche Politik begab sich aus vermeintlich moralischen Gründen und infolge des wachsenden Energiebedarfes in ein Verhältnis fortgesetzter Missverständnisse und Fehleinschätzungen gegenüber der Russischen Föderation. Die Warnungen vieler ostmitteleuropäischer Staaten vor dem russischen (Neo)Imperialismus wurden in Berlin weitgehend ignoriert, so dass die deutsche Politik 2014 bei der Annexion der

Krim, vor allem aber bei Russlands völkerrechtswidrigem vollumfänglichem Angriffskrieg gegen die Ukraine 2022 unvorbereitet war.

Eine deutliche Korrektur der deutschen Russlandpolitik war ökonomisch schmerzhaft, politisch aber alternativlos zumal in Anbetracht der gebotenen Unterstützung für die Ukraine.

Das Fazit der Podiumsgäste lautete, dass eine künftige deutsche Haltung zu Russland zwischen Staat und Gesellschaft unterscheidungs- und urteilsfähig sein müsse, auch wenn es eigenständige und kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft im autoritär regierten Russland schwer haben. Zudem dürfe ein neues bilaterales Verhältnis kein exklusives sein, sondern müsse die Belange und Expertise der unmittelbaren Nachbarstaaten im Baltikum sowie Polens nachhaltig berücksichtigen.